

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner, Omid Nouripour, Tom Koenigs, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/6551 –

Kein Frieden und keine Stabilität ohne Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit – Für eine weitsichtige europäische Nachbarschaftspolitik gegenüber den Staaten Nordafrikas

A. Problem

Nach Ansicht der Antragsteller befinden sich die arabischen Staaten Nordafrikas seit Ende 2010 in einem Umwälzungsprozess. Diese Länder und ihre Menschen seien damit überfordert und benötigten dringend mehr und gezieltere Unterstützung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten. Die Zusammenarbeit mit Diktatoren dürfe kein Mittel zur Verminderung der Flüchtlingszahlen in Europa sein.

Daher solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, sich dafür einzusetzen, dass Menschenrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Beziehungen zu den Staaten Nordafrikas und bei der Neuformulierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik handlungsleitend würden. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung unter anderem auf, zivilgesellschaftliche Akteure in diesen Ländern direkt zu unterstützen, den politischen Grundsatz der Bundesregierung, keine Waffenlieferungen in Spannungsgebiete zu genehmigen, auch auf den Export von Überwachungssoftware anzuwenden, den Austausch zwischen den Staaten Nordafrikas und Deutschland und den anderen EU-Staaten durch eine liberalere Visapolitik zu fördern und die Vereinbarungen zur Mobilitätspartnerschaft durch eine gemeinsame Einwanderungspolitik innerhalb der EU und zwischen der EU und den Nachbarstaaten zu ersetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6551 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2016

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Michael Brand
Vorsitzender

Dr. Egon Jüttner
Berichtersteller

Gabriela Heinrich
Berichterstellerin

Inge Höger
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Dr. Egon Jüttner, Gabriela Heinrich, Inge Höger und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/6551** in seiner 133. Sitzung am 5. November 2015 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Antragsteller befinden sich die arabischen Staaten Nordafrikas seit Ende 2010 in einem Umwälzungsprozess. Diese Länder und ihre Menschen seien damit überfordert und benötigten dringend mehr und gezieltere Unterstützung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten. Wenn in Staaten, die Deutschland als enge Partner erachte, zentrale Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- oder Versammlungsfreiheit eklatant missachtet würden, könne dort keine echte Stabilität einkehren. Zudem dürfe die Zusammenarbeit mit Diktatoren kein Mittel zur Verminderung der Flüchtlingszahlen in Europa sein.

Daher solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, sich dafür einzusetzen, dass Menschenrechtsschutz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in den Beziehungen zu den Staaten Nordafrikas und bei der Neuformulierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik handlungsleitend würden. Die Antragsteller fordern die Bundesregierung unter anderem auf, zivilgesellschaftliche Akteure in diesen Ländern direkt zu unterstützen, den politischen Grundsatz der Bundesregierung, keine Waffenlieferungen in Spannungsgebiete zu genehmigen, auch auf den Export von Überwachungssoftware anzuwenden, den Austausch zwischen den Staaten Nordafrikas und Deutschland und den anderen EU-Staaten durch eine liberalere Visapolitik zu fördern und die Vereinbarungen zur Mobilitätspartnerschaft durch eine gemeinsame Einwanderungspolitik innerhalb der EU und zwischen der EU und den Nachbarstaaten zu ersetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 55. Sitzung am 2. Dezember 2015 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/6551 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 74. Sitzung am 14. Dezember 2016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/6551 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 76. Sitzung am 14. Dezember 2016 die Beratungen über den Antrag auf Drucksache 18/6551 aufgenommen und abgeschlossen. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 18/6551 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2016

Dr. Egon Jüttner
Berichtersteller

Gabriela Heinrich
Berichtersterterin

Inge Höger
Berichtersterterin

Omi Nouripour
Berichtersteller

